

Regierungsrat, Kasernenstrasse 31, 4410 Liestal

Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen
Per E-Mail an:
pg@bakom.admin.ch

Liestal, 27. Februar 2024
ma

Stellungnahme zur Änderung des Postgesetzes

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. November 2023 haben Sie den Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft eingeladen, im Rahmen der Vernehmlassung zur Änderung des Postgesetzes Stellung zu nehmen. Gerne lassen wir Ihnen diese Stellungnahme hiermit zukommen.

Dem Regierungsrat ist es ein grosses Anliegen, die Medienvielfalt zu wahren, die Qualität der Medienarbeit zu fördern und dadurch einen Beitrag an die demokratische, soziale und kulturelle Entwicklung der Region und der ganzen Schweiz zu leisten. Er teilt damit die Ansicht der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen, dass unabhängige und vielfältige Medien in der Schweiz eine wichtige staats- und demokratiepolitische Funktion erfüllen.

Allerdings stellt sich infolge des technologischen Wandels und der zunehmenden Digitalisierung auch in der Medienwelt die Frage, ob dieses Ziel mit einem zeitlich befristeten Ausbau der indirekten Presseförderung durch eine höhere finanzielle Unterstützung der physischen Zustellung von Zeitungen und Zeitschriften der Regional- und Lokalpresse sowie von Publikationen der Mitgliedschafts- und Stiftungspressen erreicht werden kann. Insgesamt braucht es innovativere Ansätze, um die Medienvielfalt zu fördern, als das Printmedium via günstigere Zustellgebühr zu subventionieren.

Vor dem Hintergrund, dass sich die wirtschaftliche Situation der Medien zunehmend verschlechtert und die Zeitungen und Zeitschriften kontinuierlich Werbe- und Abonnementseinnahmen verlieren, befürwortet der Regierungsrat den Vorschlag der Kommission eines auf sieben Jahre befristeten Ausbaus der indirekten Presseförderung. Er erachtet dies aber – wie in der Vorlage deklariert – als mittelfristige Übergangslösung. Wie bereits in seiner Stellungnahme vom 27. September 2018 zum Bundesgesetz über die elektronischen Medien ausgeführt, erwartet der Regierungsrat vom Bundesrat die Erarbeitung eines umfassenden Mediengesetzes, das

- der Entwicklung der Technik und des Mediennutzungsverhalten entspricht;
- den Service Public insbesondere in den Regionen sicherstellt; sowie
- der gewünschten Medienförderung Rechnung trägt.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Monica Gschwind
Regierungspräsidentin

Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin